

Kein normaler Krieg!

Die Geschichtsschreibung über die deutsche Aggression gegen die Sowjetunion darf nicht revidiert werden.

Auf einer Veranstaltung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wurden auch die entsetzlich hohen Opferzahlen der Sowjetunion im Krieg gegen den deutschen Faschismus zwischen 1941 bis 1945 thematisiert. Eine ältere Lehrerin kommentierte die ungeheuerliche Zahl von 27 Millionen Sowjetbürgern, die in Folge des deutschen Überfalls und der Besatzungspolitik umgekommen sind, mit den Worten „aber es war doch Krieg“. Die Toten waren aus ihrer Sicht Opfer normalen Kriegsgeschehens und der deutsch-sowjetische Krieg eine übliche bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten bei der es – leider - auch immer Tote gibt.

Die Auffassung der Lehrerein zeigt die Reichweite revisionistischer Geschichtsschreibung in Deutschland, die man auch daran ablesen kann, dass es die Bundesregierung nicht für nötig fand, am 75. Jahrestag des Sieges der Roten Armee bei Stalingrad an die wohl denkwürdigste Schlacht im Zweiten Weltkrieg angemessen zu erinnern. Ihre Nichtteilnahme an den Gedenkfeiern in Moskau und Wolgograd begründete sie mit Worten, die hart an Verachtung gegenüber dem Staat grenzten, dem in erster Linie der Sieg über den Faschismus zu verdanken war. Noch deutlicher wurde der AfD-Vizechef Alexander Gauland. Das heutige Mitglied des Bundestages forderte im Herbst 2017, die Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen müsse endlich aufhören und man könne, stolz sein auf die Leistungen deutscher Soldaten im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Dabei war die Wehrmacht nicht für einen „normalen“ Krieg, für die Landesverteidigung aufgebaut und ausgerüstet worden. Sie war das entscheidende Instrument der faschistischen Expansion. Sie war der Garant für die Ausnutzung und „Neugliederung“ der besetzten Gebiete. Eroberungskriege zur Erringung der Herrschaft über den Kontinent und zur Schaffung eines riesigen Ostimperiums bis an den Ural und Mittelasien als Voraussetzung für den Kampf um die Vorherrschaft in der Welt sollte die Wehrmacht führen. Man plante, die unterworfenen Länder, vor allem die Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien und die besetzten Gebiete in der Sowjetunion extrem auszubeuten und nach politischer und „rassischer“ Säuberung sowie einer deutlichen Dezimierung der einheimischen Bevölkerung wirtschaftlich „neu zu ordnen“. Die Wehrmacht hatte an der bevölkerungspolitischen „Neuordnung“ mitzuwirken und war entscheidend dafür verantwortlich, daß die deutsche Herrschaft über diese Gebiete für die nächsten „tausend Jahre“ erhalten bleibt..“

Das geplante Jahrhundertverbrechen.

Wir wollen uns in diesem Beitrag nicht mit dem militärischen Verlauf des Kriegs beschäftigen. Uns geht es darum, der These von einem „normalen“ Krieg entgegenzutreten. Selbst der neue „Traditionserlass“ für die Bundeswehr vom März 2018, musste feststellen, die Wehrmacht diene dem NS-Unrechtsregime „und war in dessen Verbrechen schuldhaft verstrickt, die in ihrem Ausmaß, in ihrem Schrecken und im Grad ihrer staatlichen Organisation einzigartig in der Geschichte sind“. Dokumente haben belegt, dass lange vor dem Überfall die Ziele benannt wurden, deren Umsetzung zu dem später so bezeichneten Jahrhundertverbrechen an der sowjetischen Bevölkerung führten.

Nach Festlegung der militärischen Operationen beschäftigte sich die deutsche Führung vor allem mit den Fragen, wie der „Riesenraum“, das „deutsche Indien“, wie das zu erobernde Ostimperium genannt wurde, politisch und rassisch „gesäubert“ sowie wirtschaftlich und

bevölkerungspolitisch neu zu ordnen wäre, um ihn mit Worten Hitlers „erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten zu können. Zwei Ziele standen im Vordergrund: „Soviel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen“, sei der Hauptgrund des Angriffs heißt es in den wirtschaftlichen Richtlinien zur Besatzungspolitik vom 23. Mai 1941. Außerdem solle das anspruchsvolle fast vier Millionen Mann zählende Invasionsheer und ein voluminöser Besatzungsapparat „aus dem Lande“ versorgt werden. Im Klartext: der „Eigenverbrauch“ der sowjetischen Bevölkerung sollte drastisch zu reduziert bzw. in manchen Gebieten vollständig gestrichen werden, was in der zynischen Sprache der Faschisten zum „Absterben...eines großen Teils der Menschen“ z. B. in Großstädten und in der gesamten Waldzone führen sollte. Das bekannteste Beispiel für die rigorose Durchsetzung der Hungerstrategie gegen die Bevölkerung war Leningrad. Das Drama um diese Stadt ist hinlänglich bekannt, weshalb wir uns eine nähere Schilderung ersparen. Hermann Göring nannte im November 1941 gegenüber dem italienischen Außenminister, Galeazzo Ciano die geplanten Todeszahlen. Noch 1941 „werden in Rußland zwischen 20 und 30 Millionen Menschen verhungern.“ Außerdem sollte die Menge der den Deutschen zur Verfügung stehenden Lebensmittel dadurch gesteigert werden, daß man „Ballastexistenzen“ und „unnütze Esser“ beseitigt. Dazu zählten Menschen mit körperlichen und geistigen Defekten. Auch der schon lange vor dem Krieg geplante Massenmord an Juden und Kommunisten sollte jenseits aller politischen und rassenpolitischen Motive der „Entspannung der Ernährungslage“ dienen. Von Anfang zählte auch die Vernichtung sowjetischer Kriegsgefangenen dazu. Ihre „Behandlung“ hatte vor allem die Wehrmacht zu verantworten: Von den seit Juni 1941 in deutsche Gefangenschaft geratenen 5.734.528 Rotarmisten sind bis Anfang 1945 etwa 3.300.000, ungefähr 57 Prozent, vorwiegend durch Hunger, aber auch durch Erschießungen und Vergasungen umgekommen. Der Millionenfache Mord an den gefangenen Soldaten der Roten Armee zählt neben der Judenvernichtung zu den wohl schwersten Verbrechen der Deutschen an der sowjetischen Bevölkerung.

Verbrecherische Befehle-mörderischer Kriegsalltag

Mehrfach hat Hitler schon vor Kriegsbeginn bekräftigt, dass es sich beim Feldzug um einen weltanschaulichen Vernichtungskrieg handele. Deshalb sollten in großem Umfang völkerrechtswidrige Mittel (sic! M.S.) angewandt werden. bei dem bevorstehenden Kampf dürfe es „keine Schonung für die Träger des heutigen russisch-bolschewistischen Systems“ geben. Der Begriff „Träger“ wurde bewusst unklar gefasst, er sollte in der „Praxis“ weit ausgelegt werden können. Nach Beginn des Überfalls fielen darunter nicht nur die Mitglieder der Kommunistischen Partei und ihrer Jugendorganisation Komsomol, sondern auch Gewerkschaftsfunktionäre sowie alle sogenannten staatsnahen Sowjetbürger von der Kindergärtnerin bis zum Minister, Angehörige der Intelligenz und leitendes Wirtschaftspersonal. Die damit ohnehin hohe Zahl von zur Ermordung vorgesehenen Menschen wurde dadurch erheblich gesteigert, daß die Nazis die jüdischen Sowjetbürger nicht nur als „feindliche Rasse“ einstufen sondern auch zu den „Trägern des Bolschewismus“ rechneten. Der faschistischen Ideologie zufolge war der sowjetische Kommunismus vom Judentum geprägt und personell von den Juden dominiert. Daher sei der Bolschewismus das Böse schlechthin. Jeder Jude galt als potentieller „Träger der feindlichen Einstellung“. Durch diese Verknüpfung, zu der noch die asiatischen Sowjetbürger sowie die Sinti und Roma kamen, war die Zahl der zu tötenden Menschen nach oben offen. Die Bezeichnung „jüdisch-bolschewistisch“ war in der „Praxis“ nach dem 22. Juni 1941 die übergreifende, jede Bestialität rechtfertigende Tötungsformel.

Allen Anweisungen und Befehlen war schon in Der Vorbereitungszeit eins gemeinsam: jeder Widerstand müsse mit Massenterror und mit schrankenloser Gewalt verhindert werden. Und

sie enthielten immer auch den Zusatz, daß den Soldaten, Polizisten und SS-Männern für Handlungen gegen die Bevölkerung weitgehend Straffreiheit gewährt wurde, was die Auslebung selbst niedrigster Instinkte ermöglichte.

Auf der Grundlage der vor Beginn der Kampfhandlungen erlassenen Weisungen, unterstützt von ideologischer Indoktrination der Soldaten gingen Wehrmacht, Polizei und SS vom ersten Tag des Überfalls an mit unglaublicher Brutalität gegen die sowjetische Bevölkerung vor. Der voraus geplante Massenterror war dabei auch als Mittel des Genozids an Juden, Slawen, Zigeunern sowie als Vernichtung von Behinderten angelegt. Besonders in der ersten Phase des Krieges wurden unter dem Deckmantel, Partisanen zu bekämpfen, von Wehrmacht und SS flächendeckende Zerstörungen und in großem Umfang Massenmorde an Zivilisten verübt, die der Ausmerzungen „unerwünschter“ Bevölkerungsteile und der Schaffung „mensenverdünnter“ Zonen zur Gewinnung von freiem Land für die Ansetzung von Siedlern „deutschen oder artverwandten Blutes“ dienten. Auf diesen Zusammenhang verwies der damalige Generalstabschef der 4. Armee, Hans Röttiger, 1945 im Zusammenhang mit den alliierten Kriegsverbrecherprozessen hin. Er führte damals aus, „daß die Bandenbekämpfung, die wir führten, im Endziele den Zweck hatte,...die rücksichtslose Liquidierung des Judentums und anderer unerwünschter Elemente zu ermöglichen“. Röttiger wurde nach 1945 erster Inspekteur des Heeres in der Bundeswehr.

Während wie jüngst anlässlich des 70. Jahrestags der Gründung des Staats Israel in geradezu religiös aufgeladenem Pathos sein Existenzrecht beschworen wird, wird gegen Russland von medialen Hassausbrüchen befeuert eine regelrechte Mobilmachung betrieben. Angesichts des nicht zu leugnenden Jahrhundertverbrechens wäre es mehr als angemessen, sich heute zum Existenzrecht Russlands zu bekennen, ohne dass dieser Staat zuvor ein Nato-Glaubensbekenntnis ablegen müsste.

Dr. Martin Seckendorf

Historiker, Vorstandsmitglied der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V.